

# Dem Kind vertrauen, das System anzweifeln



ersten Berufsjahr das gesetzliche Minimum an DaZ-Lektionen für das neue Schuljahr einforderte, schrieb mir die Schulleitung, ich solle eine höhere Frustrationstoleranz entwickeln. Ich musste lernen, dass der Kampf um Ressourcen und Informationen tatsächlich viel Durchhaltewillen bedarf. Zum einen sind die Wartelisten voll – bis es zu einer psychomotorischen Abklärung kommt, dauert es gut und gerne sieben Monate. Zum anderen ist das Therapiekontingent der Logopädie in einigen Fällen schnell ausgeschöpft und es bedarf eines Antrags für zusätzliche Therapiestunden. Von der Schulpsychologin muss ich mir anhören: «Haben Sie doch etwas Vertrauen in das Kind», nachdem der Schulpsychologische Dienst das Kind nicht abklären konnte, weil es sich dem verweigerte. Mir mangelt es jedoch nicht an Vertrauen in die Schüler und Schülerinnen, sondern an Vertrauen in unser Schulsystem, in dem die Integration zwar gesetzlich verankert ist, aber die dazugehörige Schulentwicklung und die Kosten der Integration gescheut werden.

**Der Wille zur integrativen Sonderschulung ist da – zumindest bei den Lehrpersonen. Doch das Schulsystem stellt unseren Willen nicht selten auf die Probe.**

Die Integration von Sonderschulkindern in die Regelschulklassen braucht Zeit. Diese wird im Kanton Zürich seit dem Schuljahr 2017/18 bekanntlich mit dem neudefinierten Berufsauftrag geplant. Allerdings fehlt dort im zehnteiligen Beschrieb der fünf Tätigkeitsbereiche die integrative Sonderschulung gänzlich. In welchen Bereich nun die zusätzlichen Stunden für die Koordination mit der pädagogischen Assistenz und der Heilpädagogin fallen würden, fragten sich also meine neue Schulleitung und ich, bis wir uns auf den Bereich «Zusammenarbeit» einigten. Da es aber an Therapieplätzen in der Logopädie sowie an Heilpädagogen und Heilpädagoginnen mangelte, stiegen meine Stunden im Bereich Zusammenarbeit immer mehr an.

## Kampf um Ressourcen

Um einiges mehr an Zeit als die integrative Sonderschulung nimmt mich allerdings der Kampf um Ressourcen für Regelschulkinder in Anspruch. Als ich in meinem

## Voller Einsatz für eine inklusive Schule nötig

Der Zeitaufwand für Lehrpersonen wird im neuen Berufsauftrag zu wenig berücksichtigt. Die anfallenden Überstunden werden im besten Fall kompensiert, zusätzliche Ressourcen für Schüler und Schülerinnen mit besonderen Bedürfnissen bedürfen aber einer entsprechenden Finanzierung. Finanzielle Mittel werden jedoch sehr unterschiedlich gesprochen. Gerade deshalb braucht es unseren vollen Einsatz für eine inklusive Schule:

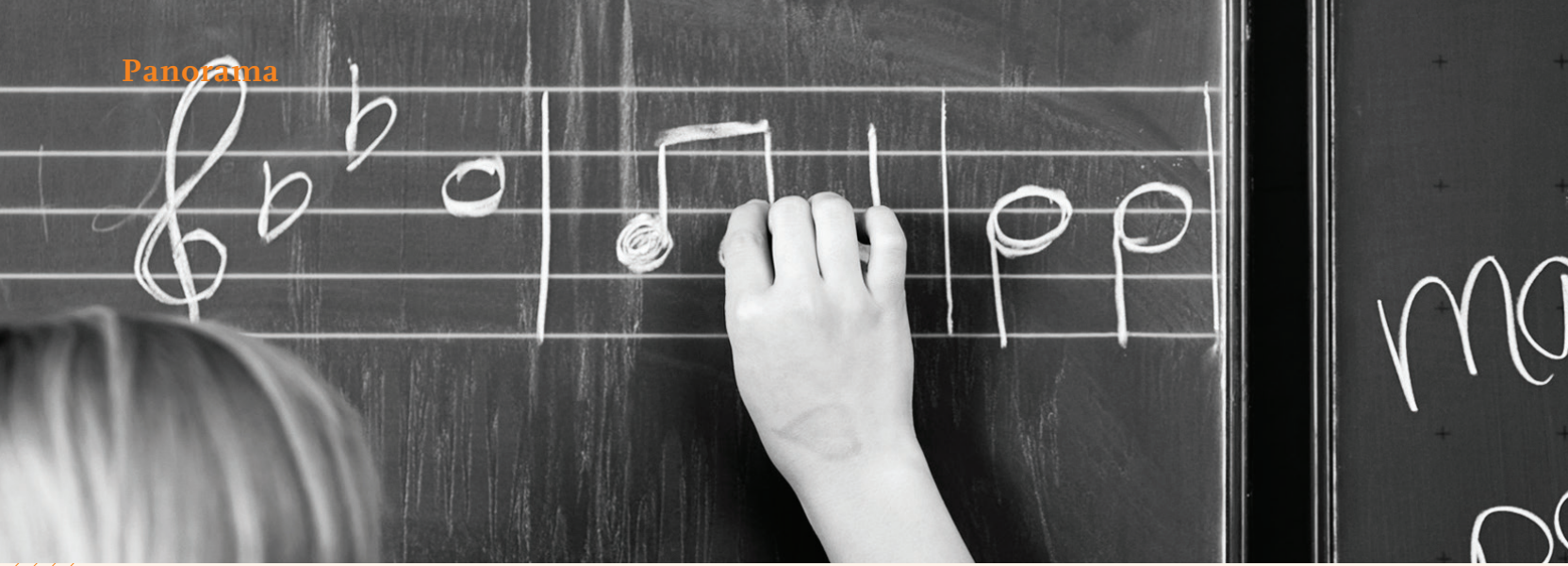
**Für** eine Schule für alle und nicht nur für einen Normbereich.

**Für** eine Volksschule für Kinder und Jugendliche aus dem Quartier, die die Kinder aus der Nachbarschaft gemeinsam besuchen.

**Für** eine Schule, in der wir voneinander lernen, empathisch sind und einander unterstützen – und nicht von allen das Gleiche erwarten.

**Für** eine Schule, welche keine Eintrittsanforderungen an die Kinder stellt. ■

Text: **Sophie Blaser**, Präsidentin VPOD Zürich Lehrberufe



# Musiklehrpersonen arbeiten zu viel – Wir fordern sofortige Entlastung!

Eine vom MuV.vpod in Auftrag gegebene Arbeitszeitstudie der gfs Zürich deckt auf, dass Musiklehrpersonen deutlich zu viel arbeiten. Der MuV.vpod fordert die Musikschulen, die zuständigen Gemeinden und den Kanton auf, ihre Verantwortung für eine Entlastung der Musiklehrpersonen und eine Aufwertung des Berufs zu übernehmen.

Die Musikbildung hat in der Bevölkerung einen hohen Stellenwert, was auch in den Volksabstimmungen immer wieder zum Ausdruck kam. Auf den Berufsalltag von Musiklehrpersonen blieb eine positive Wirkung jedoch bisher aus. Im Gegenteil: Ihre Belastung hat in den letzten Jahren zugenommen. Gemäss Arbeitszeitstudie von gfs Zürich arbeiten Musiklehrpersonen im Kanton Zürich bei einer 100-Prozent-Anstellung im Schnitt jedes Jahr 128 Stunden beziehungsweise 3 Wochen zu viel.

## Hohe Kosten und tiefe Pensen

Die Anstellung von Musiklehrpersonen, die mehrheitlich über einen Hochschulabschluss verfügen, decken nur einen Bruchteil der Kosten für die benötigte Infrastruktur, die Instrumente, Weiterbildungen, die Beschaffung des Materials und das Üben auf dem Instrument. Die Anstellungen sind flexibel, je nach Anmeldezahlen der Schülerinnen und Schüler, und oft sind nur Anstellungen mit Kleinstpensen an mehreren Schulen möglich. Das führt zu hohen persönlichen Fahrkosten und einem grossen Reiseaufwand, der nicht als Arbeitszeit gilt. Die Anstellung bei mehreren Arbeitgebern zu tiefen Pensen hat zudem negative Auswirkungen auf die Altersvorsorge.

## Rahmenbedingungen verbessern!

Mit der Annahme der Musikschulinitiative steht endlich die gesetzliche Verankerung der Musikschulen an, womit die Festigung des Status der Musikbildung und damit auch der Musikschullehrpersonen möglich ist. Der Umsetzungsvorschlag der Bildungsdirektion steht noch aus. Der Kanton hat damit die Gelegenheit, die Anstellungsbedingungen der Musiklehrpersonen zu verbessern und kantonal zu harmonisieren. Nicht nur die Schülerinnen und Schüler sollen unabhängig davon, wo sie wohnen, von einer hohen Schulqualität profitieren, sondern auch die Musiklehrpersonen sollen Anstellungsbedingungen vorfinden, die es ihnen ermöglichen, von ihrem Beruf gut zu leben. Aus diesem Grund fordert der MuV.vpod, dass

- die Musiklehrpersonen fixe Pensen erhalten. Das Risiko der schwankenden Schüler\*innen-Zahlen soll nicht auf die Lehrpersonen abgewälzt werden.
- Kleinstpensen wo immer möglich vermieden werden.
- die Musikschulen im Kanton Zürich sich um einheitliche Pensionskassenlösungen bemühen. Mit guten Lösungen für Kleinstpensen und Mehrfachbeschäftigungen.
- eine Zeiterfassung zur Anwendung kommt, die die Arbeitsbelastung der Musiklehrpersonen auch tatsächlich erfasst!
- das Problem des unbezahlten zeitlichen Mehraufwandes gelöst wird. Und zwar durch eine Reduktion des Arbeitsaufwandes oder durch das Bereitstellen zusätzlicher Ressourcen. ■

## Die wichtigsten Resultate der Studie von gfs Zürich

**K**lar ist, dass es DIE Musiklehrperson im Kanton Zürich nicht gibt; die Arbeitsweisen und Arbeitszeiten sind sehr unterschiedlich. Dass die Musiklehrpersonen mit anspruchsvollen Rahmenbedingungen zu kämpfen haben, haben sie aber gemeinsam:

Die Mehrheit, rund 80 Prozent der Musiklehrpersonen, ist in Teilzeit angestellt. Dabei hat die Hälfte der Musiklehrpersonen ein 60-Prozent-Pensum oder weniger. Die Hälfte der Musiklehrkräfte ist an mehreren Schulen gleichzeitig angestellt. Die Arbeitszeiten einer Musiklehrperson orientieren sich an den Randzeiten des Volksschulunterrichts und verteilen sich, auch bei kleinen Pensen, auf mehrere Tage. Auch übers Jahr gesehen sind die Schwankungen in der Arbeitsbelastung sehr gross. Die detaillierte Arbeitszeiterfassung hat ergeben, dass Musiklehrpersonen, auf ein 100-Prozent-Pensum berechnet, pro Jahr 128 Stunden mehr arbeiten als ihr Pensum dies vorsieht. Das sind circa 11 Stunden mehr pro Monat oder 3 Wochen pro Jahr. Die zeitliche Überbelastung besteht vor allem im Bereich, der über den Unterricht hinaus für die Schule geleistet wird. Dieser Bereich ist nur bedingt vom Anstellungsgrad der Musiklehrpersonen abhängig, weshalb Musiklehrpersonen mit tiefen Anstellungsgraden relativ mehr Überstunden leisten – dies ist ein allgemein bekanntes Phänomen der Teilzeitarbeit. Da Teilpensen überproportional häufig bei Lehrpersonen der Musikgrundlagenausbildung MAG vorkommen, was wiederum mehrheitlich Frauen betrifft, machen diese überproportional viele Überstunden.

Den ganzen Bericht von gfs Zürich findest du hier:  
<https://zuerich.vpod.ch/news/2021/musiklehrpersonen-arbeiten-zu-viel-der-vpod-fordert-entlastung/>

### Herzlichen Dank!

Wir möchten uns herzlich bei all jenen bedanken, die an der Studie teilgenommen haben.

Die Studie liefert uns Argumente, um gezielt auf Verbesserungen im Alltag der Musiklehrpersonen hinzuwirken. Wir rufen alle Mitglieder dazu auf, mit uns gemeinsam Forderungen auszuarbeiten, die wir dann mit dem Verband der Züricher Musikschulen (VZM) diskutieren und an die Verantwortlichen herantragen. Die Musikschulen sind sehr unterschiedlich und nur mit deinem Wissen von deiner konkreten Schule können wir die Verbesserungen anstreben, die dir auch tatsächlich etwas bringen. Wenn dir beim Lesen des Berichts konkrete Beispiele aus deiner Schule in den Sinn kommen, dann melde dich doch bei uns. Wir laden bald auch schon zu einer Veranstaltung, um die Studie mit unseren Mitgliedern zu diskutieren und politische Schlüsse daraus zu ziehen.

## Mitmachen im Vorstand...

Die Organisation der Studie war mit einem finanziellen und personellen Aufwand verbunden. Dieser war nur möglich durch das grosse Engagement des Vorstands, insbesondere von Peter Schmidheiny. Um den Vorstand zu verstärken, sind wir auf der Suche nach Instrumentallehrpersonen und MGA-Lehrer\*innen, die im Vorstand mitmachen und uns mit ihren Inputs unterstützen und sich damit aktiv für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Musiklehrpersonen einsetzen möchten. Melde dich bei Interesse bitte bei Peter Schmidheiny: [peter.schmidheiny@mu.ch](mailto:peter.schmidheiny@mu.ch) oder Anna-Lea Imbach: [anna-lea.imbach@vpod-zh.ch](mailto:anna-lea.imbach@vpod-zh.ch)

## Wahl Schulpräsidium Zürich Uto und Letzi

**U**nser VPOD-Kollegin Jacqueline Peter (SP) kandidiert für das Schulpräsidium des Zürcher Schulkreises Uto. Ursula Sintzel (SP) bewirbt sich für das Präsidium im Schulkreis Letzi. Der VPOD Lehrberufe unterstützt die beiden Kandidaturen und empfiehlt beide Frauen am 7. März 2021 zur Wahl.

### Jacqueline Peter als Präsidentin im Schulkreis Uto

Als Lehrerin, Mitwirkende in Weiterbildungen an der PHZH und in der Ausbildung von Maturitätsschullehrpersonen sowie als SP-Bildungspolitiklerin habe ich verschiedene Facetten des Bildungswesens, insbesondere auch der Volksschule, kennengelernt.

Die Volksschule ist mir eine Herzensangelegenheit. Sie soll allen Schüler\*innen die bestmögliche Schulbildung bieten, denn Bildung ist das Fundament unserer Gesellschaft. Damit das Fundament gut trägt, müssen die Rahmenbedingungen für die Tätigkeit aller in der Schule mitwirkenden Personen so ausgelegt sein, dass der Lebensraum Schule motiviert und positiv prägt.

Einen solchen positiven Lebensraum «Schule für alle» möchte ich als Schulpräsidentin im Uto mitgestalten und Herausforderungen mit konstruktiven und sozialen Lösungen im Dialog mit den Beteiligten angehen.

[www.jacqueline-peter.ch](http://www.jacqueline-peter.ch)



### Ursula Sintzel als Präsidentin im Schulkreis Letzi

Im Schulkreis Letzi ist die Zeit reif für frischen Wind und Aufbruch – ich kandidiere deshalb für das Schulpräsidium.

Seit 13 Jahren engagiere ich mich für unsere Volksschule – erst als Mutter im Aufbau der Elternmitwirkung und seit über 3 Jahren als Mitglied der KSB Letzi. In dieser Zeit habe ich erlebt, wie wichtig es ist zuzuhören und die Sichtweisen aller, so auch der Lehr- und Betreuungspersonen und der Schulleitungen, ernst zu nehmen.

Ich stehe für Chancengleichheit, die im Schulalltag wirklich gelebt wird, und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, wofür die Schule als Arbeitgeberin Vorbildfunktion einnehmen muss. Die Herausforderungen der Zukunft will ich in enger Zusammenarbeit mit Mitarbeiter\*innen, Eltern und der Bevölkerung lösen.

[www.ursulasintzel.ch](http://www.ursulasintzel.ch)



## Eine Enttäuschung

Die geplante Umsetzung des Vaterschaftsurlaubs im Kanton Zürich geht nicht weit genug.

Der VPOD wurde eingeladen zu den Umsetzungsplänen des Vaterschaftsurlaubs des Kantons Zürich Stellung zu nehmen. Der Kanton plant die bestehenden 5 Tage auf genau die mindestens vorgesehenen 10 Tage zu erhöhen, die im letzten Jahr in der Volksabstimmung erreicht wurden. Der VPOD kritisiert diese magere Umsetzung.

Väter können, sollen und wollen mehr Verantwortung in der Erziehung der Kinder übernehmen. Ein Vaterschaftsurlaub von 2 Wochen ist dafür das absolute Minimum, deshalb ist der Vorschlag des Kantons eine Enttäuschung. Der Kanton steht damit weit hinter zahlreichen grossen Arbeitgebern der Privatwirtschaft zurück.

Ein moderner Vaterschaftsurlaub soll und darf einen modernen Arbeitgeber auch etwas kosten. Die neue Regelung würde im Vergleich zur vorherigen Situation gar eine finanzielle Besserstellung für den Kanton bedeuten. Der Kanton Zürich sollte die Gelegenheit nutzen, eine Entscheidung im Sinne der Angestellten und nicht zur Schonung der Finanzen zu fällen.

Der VPOD begrüsst, dass der Kanton alle zweiten Elternteile für den Vaterschaftsurlaub berücksichtigt – unabhängig von ihrem Geschlecht. Damit ist zumindest in diesem Punkt der Kanton als Arbeitgeber auf der Höhe der gesellschaftlichen Entwicklung. (ALI)

## Neues Erweiterungsstudium Kindergartenlehrpersonen

Anstellungsrechtliche Fragen sind noch ungeklärt.

Die PHZH bietet ab Herbstsemester 2021 ein neues Erweiterungsstudium für Kindergartenlehrpersonen an, die auf der Unterstufe in der Primarschule unterrichten möchten. Für ausgebildete Primarlehrpersonen bietet die PH Zürich am Institut Unterstrass bereits ein Erweiterungsstudium für die Lehrberechtigung auf der Stufe Kindergarten an.

Es ist für den VPOD unverständlich, weshalb das Erweiterungsstudium quasi durch die Hintertür lanciert wird, bevor die anstellungsrechtlichen Fragen geklärt sind. Die Frage nach dem vom VPOD seit Jahren geforderten Lohnstufenanstieg für alle Kindergartenlehrpersonen bleibt weiterhin offen. Ebenfalls die Vereinfachung von Nachqualifikationen. Ausserdem erwarten wir, dass die Nachqualifikation finanziell unterstützt wird sowie auch durch Vikariate für allfällige Abwesenheiten.

Wir erwarten von der Bildungsdirektion baldmöglichst eine Klärung dieser Situation. Exakt vor einem Jahr hat der VPOD die Petition für die Lohnklasse 19 für alle eingereicht und in der Vernehmlassung eine Überführung aller KiGa-LP in die höhere Lohnklasse sowie eine unkomplizierte und sinnvolle Nachqualifikationsmöglichkeit gefordert. (FAH) ■

07. März 2021

NATIONAL

Volksinitiative «Verhüllungsverbot» **Nein**

Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste (E-ID-Gesetz) **Nein**

Wirtschaftspartnerschaftsabkommens Indonesien **Stimmfreigabe**

KANTON ZÜRICH

Änderung des Sozialhilfegesetzes (Sozialdetektive) **Nein**

Zu den weiteren Abstimmungsvorlagen wurde keine Parole gefasst.

## Agenda

Informationen über Veranstaltungen und Versammlungen sind aufrufbar unter: [www.zuerich.vpod.ch/kalender](http://www.zuerich.vpod.ch/kalender)

Die Generalversammlung der VPOD Sektion Lehrberufe am 27. März, 14 bis 16 Uhr, findet digital statt. Einladung folgt.

**IMPRESSUM VPOD ZÜRICH PFLICHTLEKTION:** Organ des VPOD Zürich Lehrberufe, Birmensdorferstrasse 67, 8036 Zürich, Tel: 044/295 30 00, Fax: 044/295 30 03, [www.zuerich.vpod.ch](http://www.zuerich.vpod.ch), **Redaktion:** Fabio Höhener, Anna-Lea Imbach  
**Layout und Druck:** ROPRESS, 8048 Zürich, **Nr. 1 / 21, Februar 2021**, erscheint fünf Mal jährlich, 6. Jahrgang, Auflage: 2800